Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 361

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postgeld. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, 19. August

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6229. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle a. d. S.

Stillstand der polnischen Offensive

(Tschanow in russischer Hand — Im Festungsbereich von Graudenz.

Die Offensive der Polen, die vom französischen Generalstab geleitet wird, ist bei Tschanow zum Stehen gekommen. Da eine bekannte Tatsache ist, daß Erstlingserfolge von Offensiven nicht hoch zu bewerten sind, so darf angenommen werden, daß die Lage um Warschau sich nun wieder zugunsten der Bolschewisten, die Sieger im Festungsbereich von Graudenz angelangt sind, klärt. Wir verzeichnen darüber folgende Meldungen:

w. Königsberg, 18. August.

Lagebericht. Nach Ueberschreiten der Eisenbahnlinie Deutsch-Eylau—Thorn erreichten bolschewistische Truppen Leesen und Rehden. Südlich Bischofswerder ist russische Kavallerie aufgetreten. Graudenz wird mit Hilfe der Zivilbevölkerung befestigt und armiert. Der Bahnhof Włocławek liegt unter russischem Artilleriefeuer. Südlich Tschanow ist der Entlastungsstoß des polnischen Nordflügels zum Stehen gebracht. Tschanow ist in den Händen der Bolschewisten. An der Nordostfront von Modlin und an der Ostfront von Warschau halten starke bolschewistische Angriffe den Gegenstoß des polnischen Zentrums auf der Linie Warschau—Iwangorod und den Flankenstoß nördlich des Oberlaufes des Bierzyn an und gewinnen an Boden. Kämpfe bei Nowominsk, nördlich Zelechow und bei Lukow. An der Südfront örtliche Kampfhandlungen.

b. Paris, 18. August.

Aus militärischen Kreisen wird gemeldet: Die polnische Gegenoffensive hat unter unmittelbarer Führung des französischen Generalstabes begonnen. Trotz der vielen Schwierigkeiten ist es gelungen, Polen mit mehr als 200 Flugzeugen, 50 Tanks und mehreren Batterien schwerer Artillerie und der nötigen Munition zu versorgen. Zahlreiche französische und englische Offiziere sind als Freiwillige in die polnische Armee eingetreten. In Paris sieht man die polnische Offensive als den letzten Versuch Polens an, um aus der Ungewißheit, in der Polen sich gegenwärtig befindet, herauszukommen. Wenn es der Offensive gelingt, den russischen Vormarsch aufzuhalten, so werden die Friedensverhandlungen abgebrochen und Polen wird hinter der Linie von Warschau Vorbereitungen für einen neuen Krieg treffen. Wenn die Offensive indes scheitert, wird der einzige Ausweg für Polen sein, zu kapitulieren und alle russischen Forderungen anzunehmen, aber immer unter der Bedingung, daß die Bolschewisten noch mit einem bürgerlichen Polen verhandeln wollen.

Der Vormarsch der Russen im polnischen Korridor geht sehr rasch vorwärts. Die Stadt Graudenz ist schwer bedroht.

Danzig will neutral bleiben

w. Danzig, 18. August.

Der Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten der verfassunggebenden Versammlung hat in seiner heutigen Versammlung beschlossen, den Oberkommissar Sir Reginald Tower zu ersuchen, in dem Kriege zwischen Rußland und Polen für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig strenge Neutralität zu erklären und hiervon den beteiligten Mächten unverzüglich Kenntnis zu geben. Der Beschluß wurde in Abwesenheit der Vertreter Polens gegen die Stimmen der U. S. P. D. gefaßt. Auf Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird die verfassunggebende Versammlung zu Freitag, den 20. August zu einer Vollsitzung einberufen werden. Der einzige Punkt der Tagesordnung wird eine Besprechung der außenpolitischen Lage sein.

Der „Times"-Berichterstatter in Danzig meldet, daß Sir Reginald Tower eine Verfügung erlassen habe, nach der kein Schiff mit Munition nach Danzig einlaufen darf. Wenn ein solches dort ankäme, würde er die Frage dem Botschafterrat in Paris vorlegen.

Der Dampfer „Juno", der am 14. August Antwerpen verlassen hatte und sich bereits in der Nähe von Danzig befindet, wurde angewiesen, auf See zu verbleiben.

(Siehe auch 2. Seite.)

Belagerungszustand über Kattowitz

Die Lage in Kattowitz

w. Kattowitz, 18. August.

10 Uhr vormittags war die Lage ruhig, doch sehr gespannt. Hauptmann Leist, der Adjutant der ersten Abteilung der Sicherheitswehr, wurde bei dem Versuch, die Menge am Bahnhof zu beruhigen, durch Herzschuß getötet. Bisher war es unmöglich, die Zahl der Opfer einwandfrei festzustellen, da die Toten und Verwundeten zumeist nach Privatwohnungen geschafft worden sind.

Bis in die dritte Nachmittagsstunde ist es heute nicht mehr zu Ruhestörungen gekommen. Am Vormittag fanden zwar neue Ansammlungen statt, sie führten jedoch zu keinerlei Zusammenstößen. Die Erregung der Bevölkerung war unbeschreiblich. Falls die französischen Truppen nicht die verlangten Waffen abliefern, befürchtet man neue Unruhen. Allgemein wird die Proklamation des Generalstreiks erwartet.

Ueber die Vorgänge des gestrigen Abends verlautet noch, daß sich die Menge gegen 9 Uhr die Wache in der Hafenbergstraße stürmten und sich mit Karabinern bewaffneten. Die Zahl der Toten ist noch nicht endgültig festgestellt. Man spricht von 18 Toten und etwa 70 Verwundeten, von denen die Mehrzahl der Sicherheitswehr angehört.

Was die Regierung fertig bringt

Die deutsche Regierung hat sich wieder ein Stückchen geleistet! Durch die Erregung der deutschen Bevölkerung, die internationale Entheiligung der Arbeiter gegen den Krieg und schließlich durch die schamlose polnische Herausforderung ist es in Oberschlesien zu jenen bekannten blutigen Zusammenstößen gekommen, die außenpolitisch für Deutschland wieder erhebliche Schwierigkeiten bringen dürften. Die Erregung in der oberschlesischen Bevölkerung wird der Regierung nicht entgangen sein, sie hätte sie aber ruhig wachsen, bis die Nachrichten von stattgefundenen Kämpfen in Berlin „furchtbares Befremden" hervorriefen. Jetzt endlich, wo der Zusammenstoß mit allen seinen Folgen da ist, bequemt sich die Regierung, durch das W. T. B. bekanntzugeben, daß sie „seit mehreren Tagen mit der interalliierten Kommission in Verhandlungen stehe", ja, sie meldet sogar, daß das, was die Oberschlesier verhindern wollten und schließlich mit Blut bezahlen mußten — sie sie das nötig hatten, soll hier nicht untersucht werden — schon lange vorher von der Regierung auf dem Verhandlungswege erreicht war. Die Tatsache allein verbietet jedes weitere Kommentar. W. T. B. meldet:

w. Berlin, 18. August.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, steht die deutsche Regierung seit mehreren Tagen mit der interalliierten Kommission in Oppeln in Verhandlungen über die Sicherung der Neutralität im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Die interalliierte Kommission hat versichert, daß sie etwa die Grenze überschreitende Truppen der kriegführenden Mächte ausweisen und internieren würde und daß sie auch jede Unterstützung der kriegführenden Mächte aus dem Abstimmungsgebiet heraus oder durch das Abstimmungsgebiet hindurch, z. B. durch Zufuhr von Munition, Rekrutierung usw. verhindern würde.

Inzwischen wird über die Vorgänge in Oberschlesien, wo die Lage noch äußerst gespannt ist, weiter bekannt:

Ueber die gestrigen Ereignisse werden von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt: Trotz der Warnung der Führer bestand die Menge darauf, durch die von der Polizei und französischen Kavallerie abgesperrte Friedrichstraße zu ziehen. Vor dem Kordon am Gebäude der interalliierten Kommission staute sich die Menge und verlangte die Freigabe der Straße. Die französische Kavallerie ging mit blanker Waffe vor und trieb die Menge auseinander, die aber sofort wieder nachdrang. Als ein Zug Gymnasiasten und junger Mädchen unter Absingung der Wacht am Rhein in die Friedrichstraße einzuschwenken versuchte, drang die Menge nach. Plötzlich fielen Schüsse, worauf die Menge in wilder Flucht auseinanderstob. Bis 8 Uhr abends waren mit Sicherheit drei Tote und 15 Verletzte festgestellt. Die interalliierte Kommission hat auf acht Tage das Erscheinen des „Oberschlesischen Wanderer" und vier weiterer oberschlesischer Zeitungen verboten.

w. Kattowitz, 18. August.

Die interalliierte Regierung hat, so drahtet unser Sonderberichterstatter, den verschärften Belagerungszustand über die Stadt Kattowitz verhängt.

Zur Zeit herrscht hier im allgemeinen Ruhe. Starke Patrouillen der Sicherheitswehr durchziehen die Straßen.

b. Breslau, 18. August.

In Kattowitz hatten die Franzosen die Hauptplätze mit Draht abgesperrt und eine Razzia veranstaltet, wobei 2000 junge Männer im wehrpflichtigen Alter festgenommen und, da sie polnische Staatsangehörige waren, über die polnische Grenze abgeschoben wurden.

Das kann nur ein Pole fordern

(Von unserem Sonderberichterstatter.

w. Kattowitz, 18. August.

Die polnischen Presse von Oberschlesien fordert die Ausweisung der Leiter der deutschen Zeitungen und des Verantwortlichen der gestrigen Unruhen, ferner die Ausweisung sämtlicher in den letzten zwei Jahren zugezogenen Deutschen, sofortige Entwaffnung der Sicherheitswehr, Entfernung und Bestrafung der am Streik beteiligten Eisenbahn- und Postbeamten, sowie Einsetzung von alliierten oder polnischen Kontrolleuren bei den Eisenbahn- und Postbetrieben.

Man muß über die Frechheit der Polen in dieser Stunde erstaunt sein.

Eine interalliierte Erklärung

w. Beuthen, 18. August.

Die interalliierte Kommission für Oberschlesien hat folgende Bekanntmachung erlassen: Von verschiedenen Seiten hat man das Gerücht zu verbreiten gesucht, daß die interalliierte Regierungskommission den Polen während der jetzigen schwierigen Lage Waffenhilfe zu leisten beabsichtigt. Man hat sogar behauptet, daß Truppenbewegungen zu diesem Zweck begonnen worden seien. Das ist durchaus falsch. Diesen Tendenzgerüchten zufolge sind große Protestversammlungen einberufen worden gegen eine Handlung, die die Kommission nie unternommen, nicht einmal zu unternehmen beabsichtigt. Damit kann nur eine Störung des amtlichen Dienstes und Verwirrung des öffentlichen Lebens und Rechts erzielt werden. Eine solche Agitation führt zu nichts. Sie kann nur der Hetzerei derjenigen, die die allgemeine Ruhe stören wollen, ohne sich um die Wohlfahrt des Lebens zu kümmern, dienen.

Wie aus Kattowitz von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, beruht die Mitteilung über die Entwaffnung der dortigen Sicherheitspolizei auf einem Irrtum, vielmehr wird darauf hingewiesen, daß das Verhalten der Truppen in jeder Hinsicht einwandfrei und korrekt gewesen ist.

Eine großpolnische Verschwörung

b. Breslau, 18. August

Zum Jahrestage des Augustaufstandes der Großpolen in Oberschlesien veröffentlicht die „Oberschlesische Volkszeitung" eine Reihe von Dokumenten, die den unzweifelhaften Beweis für das Bestehen einer groß angelegten polnischen militärischen Geheimorganisation in Oberschlesien liefern. Daß den amtlichen deutschen Stellen diese Dokumente in die Hände gefallen sind, ist den Polen bekannt und daher hat schon am 15. August der „Dziennik Berlinski" mitgeteilt, daß die Deutschen für die allernächste Zeit die Veröffentlichung einer neuen Reihe authentischer Akten der polnischen Heeresorganisation vorbereiteten. Das Material, das zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangte, deckt die gesamte großpolnische Verschwörung bis in ihre kleinsten Einzelheiten auf und hat die Namen aller führenden Verschwörer, die Stärke und Art ihrer Bewaffnung verraten. Die von dem genannten Blatte in Uebersetzung wiedergegebenen Befehle betreffen den ganzen Aufbau und den Zweck der militärischen Geheimorganisation. Die Dokumente umfassen vier Organisationsbefehle, ein Schriftstück über die Operationen. Dieses und ein Protokoll über den 7. Bezirk (Bezirk Kattowitz, Pleß) enthalten Angaben über die Vereidigung einer Anzahl von polnischen Verschwörern. Nach dem Dokument ist das Operationsgebiet in 9 Bezirke eingeteilt, für die genaue Bestimmungen über die Organisation erlassen werden.

Die Nebenregierung der Arbeiter

Waffentransportverhinderung in Berlin.

b. Berlin, 18. August

Zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Berliner Eisenbahnen ist es wegen eines Waffentransportes nach Ostpreußen zu Differenzen gekommen, die bis zur Stunde noch nicht beigelegt sind. Am Dienstag nachmittag sollten auf dem Stettiner Bahnhof 28 Waggons mit militärischen Ausrüstungsgegenständen und Waffen verladen werden, die über Stettin nach Königsberg gehen sollten und die nach den Ausweisen für die ostpreußische Sicherheitspolizei bestimmt waren.

Der Betriebsrat des Stettiner Bahnhofes beanstandete es, daß man für die Sicherheitspolizei 28 Waggons in Anspruch nehme, und verlangte eine Prüfung der Ausweise und der einzelnen Transportwagen. Die Eisenbahner stellten fest, daß neben Uniformen, Stiefeln usw. zirka 240 000 Schuß Infanteriemunition, leichte und schwere Minenwerfer mit Munition, Handgranaten usw. sich in den Wagen befanden. Der Transportführer, Leutnant Tamschik von der Sicherheitspolizei, wies daraufhin die Ausweise des Reichsministeriums des Innern vor, aus denen hervorging, daß der aus 28 Güterwagen bestehende Zug nach Stettin geleitet und von dort mittels Dampfer nach Königsberg weitergeleitet werden solle. Trotzdem verweigerte der Betriebsrat die Abfahrt des Zuges und ließ zunächst sämtliche Wagen auf verschiedene Gleise bringen, wo sie von Eisenbahnern bewacht wurden. Inzwischen war dem Bezirksbetriebsrat bei der Eisenbahndirektion Berlin Mitteilung gemacht worden und dieser berief eine Konferenz mit Vertretern der drei sozialistischen Parteien ein. Man kam zu dem Beschluß, den Zug nicht abgehen zu lassen. Vertreter der Eisenbahner begaben sich in das Ministerium des Innern und erkundigten sich dort, ob die ausgestellten Ausweise echt seien und ob der Inhalt des Zuges für die Sicherheitspolizei in Ostpreußen bestimmt sei. Den Eisenbahnern wurde mitgeteilt, daß der Transport die Genehmigung des Ministeriums habe und daß die Ausrüstungsgegenstände für 6000 Sicherheitspolizisten in Ostpreußen bestimmt seien.

Trotz dieser amtlichen Erklärung haben sich die Eisenbahner geweigert, den Zug, der um 6 Uhr nachmittags Berlin verlassen sollte, zu befördern. Sie erklärten, daß nach dem Versailler Friedensvertrag der Sicherheitspolizei Geschütze oder Minenwerfer nicht mehr zuständen, und daß sie infolgedessen befürchteten, der Transport werde Königsberg überhaupt nicht erreichen, sondern unterwegs umgeladen werden.

Wie lange will man sich diese Uebergriffe der Arbeiterschaft gefallen lassen?

Die Waffenschnüffelei der Radikalen

in Bayern hat einen großen Reinfall erlebt. In Pfronten im Allgäu stand ein Möbelwagen, der amtliche und private Bleiverschlüsse hatte und vom Zollamt München als leer deklariert worden war. Der Führer der U. S. P. in Pfronten verlangte die Oeffnung dieses Wagens, da er vermutete, daß Waffenschmuggel vorgenommen werden sollte. Die Oeffnung wurde verweigert. Der Führer der U. S. P. verschaffte sich in 18 Gemeinden eine Gefolgschaft von 60 Gesinnungsgenossen, erneuerte seine Forderung und als dieselbe wiederum verweigert wurde, wurden die amtlichen und privaten Verschlüsse am Möbelwagen gewaltsam gebrochen. Das Ergebnis war die Bestätigung der amtlichen Deklaration, daß der Möbelwagen nichts enthielt. Er war nämlich für den Umzug eines Gutsbesitzers von Reutte nach Bad Tölz bestimmt. Der Staatsanwalt wird diese Angelegenheit weiter verfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008191-19/fragment/page=0001

Die Gegenoffensive der Polen

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. **Warschau**, 18. August.

In eingeweihten Kreisen ist man trotz der Anfangserfolge, die die polnische Gegenaktion bisher hatte, noch wie vor um das Schicksal Warschaus sehr besorgt. Man glaubt nicht mehr daran, daß der polnische Gegenangriff zu den beabsichtigten Erfolgen führen wird. Man prophezeit dem polnischen Angriff nur eine kurze Lebensdauer und bezeichnet ihn als eine Epidemie, wie man sie in dem steten Wechselkampf der russisch-polnischen Kriege oft erlebt hat. Die Polen konzentrieren die ganze Wucht ihres Angriffes auf das Zentrum der Rotarmee, in der offenbaren Absicht, die Russen etwa bei Maroeminsk in der Flanke zu fassen, indessen haben aber die Massenangriffe der bolschewistischen Truppen nördlich von Warschau eingesetzt. Im Vormarsch der Russen bei Graudenz und Thorn ist kein Stillstand eingetreten. Wenn die polnische Heeresleitung erwartet, daß ihr Gegenangriff südöstlich von Warschau die Russen zwingen werde, von den Truppen im Korridor Truppen zur Verstärkung des angegriffenen Frontteiles zu geben, so scheint diese Erwartung sich nicht bestätigen zu wollen. Der Ansatz von Warschau eisernste Ring hat sich vorübergehend wohl etwas gelockert, im Süden dagegen setzen die Russen beinahe unaufhaltsam ihren Vormarsch fort.

Infolge der durch die Teuerung getroffenen Maßnahmen sind die Artikel des täglichen Bedarfs in sämtlichen Läden Warschaus verschwunden. Die erbitterte Bevölkerung hat gestern an mehreren Stellen der Stadt die Lebensmittelgeschäfte gestürmt, und man fürchtet den Ausbruch einer offenen Revolte.

England und Wrangel

w. **Amsterdam**, 18. August.

„Telegraaf" meldet: Lloyd George hat Kamenew a. s. sein Schreiben vom 15. August mitgeteilt, daß England nicht beabsichtige, General Wrangel zu einer Offensive zu ermutigen. England wolle den Feindseligkeiten in Osteuropa ein Ende machen und zum Ausdruck bringen, daß die Krim nicht von Rußland getrennt werden dürfe.

Polen ohne amerikanischen Kredit

w. **Paris**, 18. August.

Nach einer Havasmeldung aus Washington weigert sich die amerikanische Regierung, den für Polen bestimmten Anteil an dem bewilligten Kredit von 250 Millionen Dollar auszuzahlen, weil sich die Vereinigten Staaten nicht mit der Sowjetregierung im Kriege befinden und infolgedessen auch nicht in der Lage seien, Polen in diesem Augenblick einen Kredit zu bewilligen.

Kein Kohlenabkommen mit Italien

da. **Berlin**, 18. August.

Durch die deutsche Presse ging in diesen Tagen eine Meldung, daß Deutschland mit Italien ein Abkommen getroffen habe über die Lieferung von monatlich 180 000 Tonnen Kohle, davon 100 000 Tonnen aus Oberschlesien, 20 000 aus dem Ruhrgebiet und 60 000 Tonnen Braunkohle. Wie der „Dena" von seiten des Reichskommissars mitgeteilt wird, handelt es sich hier um einen Irrtum des Korrespondenten, der diese Meldung in die deutsche Presse lanziert hat. Deutschland ist gar nicht berechtigt, mit Italien ein Kohlenabkommen zu treffen, da Italien zu den Kompanenten des Friedensvertrages von Versailles gehört und alle Kohlenlieferungen für Italien nur von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt werden können. Mit dieser Kommission ist von seiten des Reichskohlenkommissars die jeweilige Kohlenmenge vereinbart worden, die aus den verschiedenen Kohlenrevieren an die einzelnen Länder zu versenden sind. Italien erhält auf Grund dieser Vereinbarung monatlich rund 100 000 Tonnen oberschlesischer Kohle, die mit italienischen Eisenbahnwagen über die Alpen transportiert werden. Ein Sonderabkommen wurde daher mit Italien nicht getroffen.

Wie sieht es in Sowjetrußland aus?

Im Anschluß an die Rede des deutschen Außenministers beschäftigt sich ein Artikel des Stockholmer Korrespondenten der „Weltwirtschafts-Zeitung" mit der Lage in Sowjetrußland. „Die bolschewistischen Quellen", so heißt es in dem Artikel, „haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sehr, sehr trübe aussieht, daß der Hunger in den Städten immer noch wütet, daß die Häuser zerfallen und die Menschen an Seuchen dahinsterben, daß die Städte entvölkert sind und die Industrie überwiegend stilliegt. Was will es besagen, daß durch unerhörte Anstrengungen, durch Vereinigung großer und größter Arbeitermassen an einigen Punkten einige Erfolge erzielt wurden? Was will es besagen, daß im Bergbau und Eisenbahnwesen geringe Erfolge dadurch erreicht wurden, daß ganze Arbeitsarmeen in ihnen vereinigt wurden und die ganze Sorgfalt der wirtschaftlichen Verwaltung, alle Energie und Ueberlegung auf sie konzentriert wurde? Was will es besagen, daß der Fuhrpark der Moskauer Eisenbahnverwaltung durch erbeutete Denikinsche Lokomotiven und Waggons ergänzt wurde? Was ferner, daß die Fahrleitung der Sowjet-Eisenbahnen durch die allmähliche Ausdehnung des ihnen zur Verfügung stehenden Streckenmaterials, nach der Besiegung ihrer wichtigsten Gegner, zunahm? Was endlich, daß die Elektrizitätsziffern der öffentlichen Kraftwerke sich ein wenig erhöht haben, nachdem durch Stillegung der privaten Elektrizitätswerke und der Gaswerke viel mehr Leucht-, Heiz- und Antriebskraft aus der Volkswirtschaft entzogen wurden ist? Nein, das sind alles Scheinerfolge, und sie sind nicht viel mehr wert als die in den Büros der Sowjet-Regierung ersonnenen Pläne, mit denen die bolschewistischen Blätter neuerdings prunken; die von Kugen Statistikern entworfen, wirtschaftlich und technisch ausgezeichnete Erfolge versprechen, die jedoch unter dieser Regierung niemals zur Ausführung gelangen werden."

Genf im September

(Von unserem Sonderberichterstatter)

w. **Berlin**, 18. August.

Wie wir aus zuständiger Stelle erfahren, wird die Konferenz in Genf voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Septembers stattfinden.

Russisch-rumänische Friedensverhandlungen

Paris, 18. August.

Der „Temps" meldet aus Bukarest, es sei dort ein Sowjetgesandter eingetroffen. Seine Aufgabe sei noch nicht bekannt, aber wahrscheinlich sei sie darauf beschränkt, Besprechungen zur Feststellung eines Ortes, wo Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Rumänien stattfinden können, abzuhalten. Der Sowjetgesandte hat sich bereits mit verschiedenen rumänischen führenden Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt.

Die englischen Arbeiterführer

b. **Paris**, 18. August.

Vertreter des Aktionsausschusses der britischen Arbeiterpartei, darunter Adamson, zur Vorbereitung eines Generalstreiks für den Fall einer militärischen Intervention sind in Paris eingetroffen. Sie hatten bereits Besprechungen mit dem Führer des Allgemeinen Arbeiterverbandes. Das Ministerium des Aeußeren ließ ihnen mitteilen, daß, wenn sie nicht unverzüglich den Boden Frankreichs verließen, sie verhaftet oder über die Grenze gebracht würden. Die Vertreter haben darauf Paris verlassen.

Internationaler Landarbeiterkongreß

w. **Amsterdam**, 18. August.

Hier wurde gestern der internationale Landarbeiterkongreß eröffnet, der die Gründung eines internationalen Landarbeiterbundes bezweckt. Vertreten waren Verbände von Landarbeitern aus England, Schottland, Deutschland, Schweden, Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Belgien, Italien und Holland. Die Franzosen waren wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht erschienen, auch die Polen und Tschechen fehlten. Insgesamt sind auf dem Kongreß 2 109 835 Landarbeiter vertreten, darunter 750 000 deutsche. Eine von einer italienischen Vertreterin beantragte Resolution gegen den Krieg wurde einstimmig angenommen. Hierauf beschloß der Kongreß unter lebhaftem Beifall gründsätzlich die Errichtung eines internationalen Arbeiterbundes.

Englands Irenpolitik

w. **Amsterdam**, 18. August.

Einem englischen Blatte zufolge sagte Lloyd George in der gestrigen Unterhaussitzung noch, die Regierung habe folgende Bedingungen für jede Regelung der irischen Frage aufgestellt:

1. Besondere Bedingungen für die sechs Grafschaften des nordöstlichen Ulster,
2. keine Abtrennung Irlands oder eines Teiles von Irland vom Vereinigten Königreiche,
3. keine Gefährdung Englands in Kriegszeiten.

Lloyd George fügte hinzu: Unter diesen Bedingungen sind wir bereit, jeden Vorschlag von Vorkämpfern der irischen öffentlichen Meinung zu erwägen. Auf die Frage, ob Verhandlungen im Gange seien, erwiderte Lloyd George: Wir haben keine Antwort auf unsere Vorschläge von einer maßgebenden Seite erhalten.

---

* Die Metallarbeiter in Italien haben beschlossen, infolge von Differenzen mit den Unternehmern am Freitag in den Streik zu treten.

* Lloyd George ist heute Morgen nach Luzern abgereist.

* In Mesopotamien hat sich die Lage verschlimmert. Die Stadt Hille ist bedroht.

Wer darf in Oberschlesien abstimmen?

Der Friedensvertrag von Versailles besagt über die Abstimmung in Artikel 88 § 4 ausdrücklich:

Das Wahlrecht besitzen alle Personen, ohne Unterschied des Geschlechts, die folgenden Bedingungen entsprechen:

a) am 1. Januar des Jahres, in dem die Abstimmung stattfindet, das 20. Lebensjahr vollendet haben;

b) in den der Volksabstimmung unterworfenen Zonen geboren sind oder ihren Wohnsitz haben, seit einem von der Kommission festzusetzenden Tage, der aber nicht später als der 1. Januar 1919 sein darf, oder von dort durch die deutschen Behörden vertrieben worden sind, ohne dort ihren Wohnsitz beibehalten zu haben.

Diese Bestimmungen sind klar und deutlich genug, und insbesondere sächlich ist auch sowohl in Schlesewig wie auch in Ost- und Westpreußen nach diesem Modus abgestimmt worden. Aber besonders das Abstimmungsergebnis in Masuren ist den Polen mächtig in die Glieder gefahren und so versuchen sie wieder einmal den Friedensvertrag nach ihrem Sinne auszulegen und Verwirrung in die Reihen der außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnenden geborenen Oberschlesier zu bringen. So erläßt die polnische Oberschlesische Volkspartei durch ihren Zentralvorstand einen Aufruf, der nichts weniger will, als den geborenen Oberschlesiern, die nicht in der Heimat wohnen, ihr Wahlrecht zu nehmen. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Alldeutsche Kreise legen den § 4 der Anlage zu Art. 88 des Friedensvertrages von Versailles dahin aus, daß für stimmberechtigt auch derjenige erachtet wird, der im Abstimmungsgebiet geboren ist, aber seinen Lohnsitz außerhalb dieses Gebietes hat, obwohl nach Artikel 88 des Friedensvertrages nur die Einwohner (les Habitants) des Abstimmungsgebiets zur Abstimmung berufen sind. Wir (nämlich die Polen) müssen daher unbedingt fordern, daß im oberschlesischen Abstimmungsgebiete geborene Personen nur dann zur Abstimmung zugelassen werden, wenn sie zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages auch zu den Einwohnern gehörten. Das Schicksal Oberschlesiens darf keineswegs Landfremden überlassen werden."

Nun stellt die genannte Partei in dem Aufruf vor aller Welt die Frage, ob über Oberschlesiens Schicksal etwa auch der befinden dürfe, der zufällig auf oberschlesischer Erde geboren sei, vielleicht sogar während der Eisenbahnfahrt (!) und seit jenem Zeitpunkt keinerlei Beziehungen mehr zu Oberschlesien gehabt habe; oder die Emigranten, die sich der oberschlesischen Heimat seit vielen Jahren entfremdet haben usw. Die Antwort könne nur lauten:

„Nie und nimmer, denn bei dieser Auslegung des Friedensvertrages würden Fälschungen und Terror Tür und Tor geöffnet, die ganze Abstimmung würde nur eine Komödie sein. Die Oberschlesische Volkspartei (polnisch) fordert vor aller Welt Schutz vor der beabsichtigten Vergewaltigung und Mißachtung des Rechts, verlange die Durchführung der Abstimmung in Ruhe und Ordnung und gemäß des Friedensvertrages und richte an die Interalliierte Kommission in Oppeln die dringende Bitte, zur Abstimmung in Oberschlesien von den hier geborenen Personen nur diejenigen zuzulassen, die zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages auch zu den Einwohnern des Abstimmungsgebietes gehörten."

Sowohl der famose, auch in deutscher Sprache erschienene Aufruf der Volkspartei, die schon durch ihren Namen die Oeffentlichkeit täuschen will. Aber nicht genug damit. Es wurden bereits Resolutionen gleichen Inhalts gedruckt, die in einsuberufenden großen Versammlungen zur Verlesung und Annahme kommen sollen. Das Gesicht der polnischen Drahtzieher wird ihnen aber nichts helfen, und helfen kann ihnen auch nicht die Interalliierte Kommission in Oppeln. Diese hat nach § 5 des Artikels 88 lediglich nach Beendigung des Wahlaktes den alliierten und assoziierten Hauptmächten über die Stimmenanzahl in jeder Gemeinde zu berichten. Gleichzeitig reicht sie einen ausführlichen Bericht über den Wahlvorgang ein und einen Vorschlag über die Grenzführung Deutschlands in Oberschlesien, wobei sowohl der durch die Einwohner ausgesprochene Wille, als auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften zu berücksichtigen sind.

Alles dies wissen die polnischen Führer selbst sehr genau; aber einerseits will man auf die Entente einen Druck ausüben, um womöglich eine Aenderung des Friedensvertrages zugunsten Polens auszuüben, andererseits — und das ist die Hauptsache — beabsichtigt man, wie schon erwähnt, durch den ganzen Rummel Verwirrung in die Reihen der im Reiche wohnenden Oberschlesier zu bringen. Demgegenüber sei nochmals festgestellt: Jeder im Abstimmungsgebiet Geborene ist abstimmungsberechtigt. Jeder Oberschlesier bzw. jede Oberschlesierin muß sich vor Augen halten, daß es heilige Pflicht ist, am Abstimmungstage freudig für das deutsche Vaterland einzutreten. Hunderttausende sind bereits in den Vereinigten Verbänden heimatstreuer Oberschlesier organisiert, welch letztere es sich zur Aufgabe gemacht haben, alle treudeutsch gesinnten Oberschlesier zusammenzufassen und sie mit Rat und Tat zu unterstützen. Trotz aller polnischen Proteste werden die Heimattreuen aus allen Gebieten Deutschlands an dem Schicksalstage nach Oberschlesien strömen und sie werden ebenso wie die Masuren dem gemeinsamen Vaterlande die Treue halten.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

2]

Roman von Marie Diers.

Indessen, mochten diese kleinen Strolche auch Not und schlimme Wirtschaft im Uebermaß erzeugen, in einer Hinsicht wirkten sie doch ihr Gutes. Manche seiner Abtrünnigen, die zu Wackernagel übergegangen waren, kehrten, grade wegen dieser Geschichte mit den Kindern, zu ihm zurück. Es kamen zwei alte, still für sich lebende Damen, dann setzten ein paar junge Mädchen aus dem Mittelstande es durch, daß von ihren Familien aus wieder der Doktor Gallöper geholt werde, und es war auch Pastor Hennecke, der ihm manchmal einen Kranken schickte. Von den Dörfern her, wo man ihm nie so ganz untreu geworden war, fanden sich jetzt auch einige Abgeschreckte wieder, da man hörte, daß Tien sich nicht mehr im Wirtshaus blicken ließe.

Dies letztere, was war es, das legte auch Minnie noch immer einen leisen Hemmschuh an. Wenn er etwa wieder nach dem Auszug der Kinder zu Nossak zurückkehren sollte, das war so entsetzlich, so entsetzlich — ja man wußte manchmal schon wirklich nicht mehr im verwirrten, von Angst und Not zerdröhnten Kopf, welches von diesen beiden Feuern, zwischen denen man durchging, das schlimmere sei.

Wenn die Besucherinnen, die jetzt aus billiger Neugier wieder sehr häufig kamen, Minnie wegen dieser ungeheuerlichen Kinderwirtschaft im Hause bedauerten, hatte sie anfangs nur den Mund verzogen und sich nur allzu gern bedauern lassen. Das Märtyrerinnentum ist nie ohne Süßigkeit. Jetzt stieg es ihr schon über die Seele, die Tränen brannten ihr im Halse, sie fürchtete sich schon vor jeder Frage, weil alles in ihr qualvoll verworren war. Sie sah zwar einen Ausweg, aber er war nur mit den häßlichsten Mitteln zu erreichen, und am Ausgang stand ein neues Gespenst.

— — Am Montag kündigten Elsie und Jette auf einen Schlag. Nun saß man da, nun konnte man zum Winter mit neuen Mädchen anfangen. Und sie waren beide so gut eingelernt. Minnie konnte sich nicht mehr beherrschen, sie fing vor ihren Augen an zu weinen. Es war zu schrecklich, dies alles um das vermaledeite Jöhrenpack!

Der gutmütigen Jette tat es leid, aber sie hatte sich den Leuten gegenüber in ihren eigenen Redensarten schon zu sehr verfangen, nun mochte sie auch nicht mehr zurück. Auch stand Elsie mit ihrem ungerührten, spöttischen Lächeln dabei. „Wenn Frau Doktor dann wenigstens bloß den Größten allein behalten könnten," sagte sie. „Der hat mir schon manchmal aufwaschen geholfen, der ist schon zu was nütz. Aber die andern, das ist ja die reine Landplage. Das wissen Frau Doktor gar nicht mal alles, was die so anstellen. Auf die Mews ist auch kein Verlaß. Die ist oft weg und bei ihre eigenen Jören, wenn Frau Doktor denkt, die ist drin. Dann haben wir die ganze Brut in der Küche. Da sind mir jetzt zwei in meine Einmachetöpfe geraten, mit die Finger, ti Deixel. Ich habe allens weggeschmissen, das ekelt einen ja. Ich hab's gar nicht sagen mögen, Elsie sagt schon: Sags man, sonst denkt Frau Dooktor, du hasts genommen."

„Ach nein, Jette, das denk ich nicht," sagte Minnie kläglich und entzwei. Sie hatte ihre ganze strenge Hoheit abgelegt, aber das half ihr nichts, die Mädchen wollten weg und sie gingen weg.

In der Nacht konnte sie nicht schlafen. Es lag ihr wie Steine auf der Brust, sie richtete sich auf, die Luft war ihr knapp, sie rang nach Atem.

Neben ihr schlief Tien, fest, aber nicht ruhig. Auch ihm schien etwas auf der Brust zu sitzen, er warf sich herum, murrte, schlug um sich.

Der Mond leuchtet fast taghell hinein, man sah jeden Gegenstand.

Minnie zermarterte sich den Kopf. Nun muß ich neue Mädchen suchen! Woher? Im Rinasorter Blättchen. Es wird sich keine melden, wie stehe ich dann da! Von auswärts, Mama könnte mir in Berlin besorgen. Aber ehe die kommen, müssen die Kinder weg. Sie müssen einfach, wir gehen ja alle zugrunde dabei! Ach, was erzählte Jette da alles noch. Die Einmachetöpfe! Und nun ist auch die Mews nicht zuverlässig! Wer wird das sein bei dieser Horde —

Was sagte Jette von dem Großen?

Ja — ach — ob das nicht — ein Gedanke wäre?

Den Großen behalten, den Otto. Dann hätte Tien doch etwas — das, das will ich gerne, von Herzen gerne tun. Vielleicht, vielleicht bleiben dann auch die Mädchen —

— Sie wollte ihn schlafen lassen, bis morgen warten, aber sie konnte nicht. Die Erregung wuchs mit jeder Minute, die freudige Erregung nach all der gräßlichen Qual. Er hatte ja auch keinen schönen Schlaf, gewiß schlechte Träume.

„Tien —", sie tippte ihn leise an. „Tien — du — hör mal."

Es hielt mächtig schwer, ihn wachzukriegen, das wußte sie von der Nachtglocke her. Und jetzt war sie noch besonders zaghaft dazu. Aber das Gute hatte die Zeit, die darüber verstrich, daß sie sich gründlich dabei überlegte, wie sie es ihm beibringen wolle.

Endlich erwachte er. War schon mit einem Bein aus dem Bett in der alten ärztlichen Gewohnheit des Herausmüssens. Nein, er könne liegen bleiben, beschwichtigte Minne. Er solle nur etwas sehr Wichtiges anhören.

„Ach, lieber Tien, das war heute ein sehr schwerer Tag."

Nanu. Ob sie ihn dazu aufgeweckt habe, um ihm ihre Klagelieder vorzusingen. Dann könne er ja mal wieder umzieh'n.

Nein, nein! Ach — ja, ja. Zu klagen hätte sie wohl schon. Und nun kam die Kündigung der Mädchen, die er gestern nur als Tatsache aufgetischt bekommen hatte, in ihrer vollen, trübseligen Beleuchtung heraus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008191-19/fragment/page=0002

Deutschnationale Parlamentsarbeit

Deutschnationale Anfrage wegen Beschwerden der Teigwarenindustrie.

Es werden der Teigwarenindustrie über unzureichende Versorgung mit ausländischem Hartgrieß nachstehende Anfrage der deutschnationalen Abgg. Dr. Hellmann, Bachmann, Körner, Hemeter, Frickhinger, Mumm, von den Kerkhoff, Dr. Oberfohren, Schiele und Weinhöck zur Sprache:

„Seitens der Teigwarenindustrie kommen lebhafte Beschwerden darüber, daß sie die ausreichende Versorgung mit ausländischem Hartgrieß nicht gemacht werde, die erforderlich wäre, um ihre Betriebe, namentlich die seit langem bestehenden, im Interesse der Vermehrung wie der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Gleichzeitig aber werden große Mengen fertiger Teigwaren eingeführt, was unter sozialpolitischem und volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt gleich unzweckmäßig erscheint. Wir bitten die Regierung um schriftliche Auskunft über die fragliche Versorgung, sowie darüber, ob sie gewillt ist, für eine ausreichende Versorgung der einheimischen Teigwarenindustrie noch im neuen Wirtschaftsjahr Sorge zu tragen."

Deutschnationale Anfrage wegen Entschädigung der Hilfsstellen der Finanzämter.

Die andauernde Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindeeinnehmer für die ihnen übertragenen Arbeiten der Reichsverwaltung verlangt die folgende Anfrage der deutschnationalen Abgg. Dr. Oberfohren, Schiele und Warmuth:

„Es ist bekannt, daß die Finanzämter von jetzt ab einen beträchtlichen Teil der Reichssteuerverwaltungsarbeiten den sog. Hilfsstellen, die in kleineren Gemeinden (bis zu 2000 Einwohnern) ehrenamtlich tätigen Gemeindevorstehern und Gemeindeeinnehmern (das sind die Hilfsstellen) ganz erhebliche Arbeiten. Es dürfte der Billigkeit nicht entsprechen, daß man für die Gemeindeverwaltung ehrenamtlich Tätigen neben für die Gemeindeverwaltung aufwendenschädigung angewiesenen Tätigkeit auf eine kleine Aufwandsentschädigung angewiesen und auch noch die erweiterte Tätigkeit für das Reich ohne Entschädigung zugewiesen wird, zumal da die vermehrte Tätigkeit mit einer nicht unerheblichen Verantwortung verbunden ist und das Reich ein großes Interesse an der einwandfreien Erledigung des Dienstes der Hilfsstellen hat. Den Gemeinden wird durch einer entsprechend erhöhten Vergütung für diese Arbeiten nichts mit der Gemeindeverwaltung zu tun haben, die sich schon aus dem Grunde nicht angängig, weil die Gemeinden infolge Beschränkung ihrer Steuerhoheit zugunsten des Reiches bei gleichzeitiger Steigerung aller notwendigen Ausgaben dazu nicht mehr in der Lage sind. Ist die Regierung bereit, Maßnahmen zu treffen, durch die das berechtigte Verlangen der bis jetzt ehrenamtlich tätigen Gemeindevorsteher und Gemeindeeinnehmer auf Entschädigung für auf dem Gebiete der Reichsverwaltung zu leistende Mehrarbeit erfüllt wird?"

Der „Spielraum" des Landwirtschaftsministers

Auf eine kleine Anfrage in der Landtagsversammlung über den Etat des landwirtschaftlichen Notstandsarbeiten hatte sich der Preußische Minister für die Landarbeiter, Herr Otto Braun, in der Weise geäußert, daß Ernte arbeite nur dann als Notstandsarbeiten bezeichnet werden können, wenn sie nicht jederzeit erledigt werden müssen. Die Ernte aller Feldfrüchte lasse einen gewissen Spielraum zu. Gegen diese leichtfertige Auffassung wendet sich folgende Auslassung:

„Mit großem Interesse verfolge ich die verschiedenen Anfragen über Notstandsarbeiten in der Landwirtschaft.

Die kleine Anfrage des Abgeordneten Menzel-Stettin in der preußischen Landesversammlung und die darauf seitens des Landwirtschaftsministers ergangene Antwort veranlaßt mich, diese Angelegenheit erneut anzuschneiden.

Wenn ich auch seit dem „glorreichen 9. November" ebenfalls lernen mußte, glaubte ich aber trotzdem, ein Minister berufen zur Wahrnehmung der Belange des Ressorts, an dessen Spitze er steht.

Aus anderen bin ich durch die offizielle Antwort auf obenstehende „kleine Anfrage" nun belehrt. Ob sich der Herr Landwirtschaftsminister bei seinem Erlaß wohl etwas gedacht hat?

Wenn die deutsche Landwirtschaft in demselben Maße gewissenhaft arbeitete, stünde es mit unserer Volksernährung wahrlich traurig. Wie mag sich der Herr Landwirtschaftsminister die zu erforderlichen Notstandsarbeiten außerhalb der Erntezeit, beispielsweise bei der Feldbestellung, stellen? Läßt die Auslegung im Frühjahr seines Erachtens auch einen „gewissen Spielraum" zu? Derselbe betrug beim letzten Streik vier Wochen!

Hier in Pommern verlangt der größte Teil der Landarbeiter überhaupt keinen „Spielraum" und hat seit einen Streik. Der Arbeiter hat viel zu wenig Sinn für die große Aufgabe, vor die er dem deutschen Volk und seinen Industriekollegen gegenüber steht; und nur die gewissenlosen Helfer und das Schoßkind des Herrn Braun, der Deutsche Landarbeiterverband, haben mit ihrem Klassenkampfgedanken überhaupt erst die Bildung einer landwirtschaftlichen Nothilfe und damit die ganze Frage erst zur Ursache. Der Notstand in unserer Ernährungsfrage ist Grund genug, sämtliche landwirtschaftlichen Arbeiten als Notstandsarbeiten zu betrachten. Daran wird soziale Weisheit nichts ändern: Wo nicht gesät wird, kann man auch nichts ernten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Uns wird geschrieben:

Aus der Flut der bewegten Zeiten nach der Revolution, aus Drang und Drang und Chaos, das sich gebildet hatte, hob sich ein starker Fels, ein Sammelpunkt aller derjenigen, welche gerecht sind, am Aufbau des deutschen Vaterlandes nach sozialistischen und christlichen Prinzipien mitzuarbeiten, „Der Deutsche Gewerkschaftsbund". Ueber 2 Millionen Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — haben sich in ihm die Hand gereicht zu gemeinschaftlicher, gewerkschaftlicher Arbeit, und zwar ist es solche Organisationen, die weltanschaulich auf christlich-nationalem Boden und wirtschaftlich auf dem Prinzip der Gleichberechtigung und des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter- und Angestelltenschaft stehen.

Es war kein leichter Weg bis zur Gründung des Gewerkschaftsbundes. Vor dem Kriege standen 400 000 christlich organisierten Arbeiter 2,5 Millionen sozialdemokratisch organisierten Arbeitern gegenüber. Das Verhältnis war damals also 1 : 6,5; heute stehen über 2 Millionen christlich organisierter Arbeiter 3 Millionen sozialistisch Organisierten gegenüber. Das Verhältnis ist jetzt wie 1 : 3,5 und hat sich wesentlich zu Gunsten der christlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft verschoben.

Träger des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Hauptorganisationen der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden gewerkschaftlichen Berufsverbände. Folgende Hauptorganisationen mit ihren Berufsverbänden bilden den Gewerkschaftsbund:

a) **Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit 1 250 000 Mitgliedern;**

b) **Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften mit 635 000 Mitgliedern;**

c) **Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften mit 300 000 Mitgliedern.**

Auch hier in Halle ist ein Ortsausschuß gebildet, welcher etwa 10 000 Mitglieder zählt und der in Mitteldeutschland in der Gewerkschaftsbewegung von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Als Vorsitzender ist der in der christlichen Arbeiterbewegung bekannte Paul Zwanzig, Fleischerstraße 27 I, gewählt.

Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiter-Organisationen des Ruhrgebietes über die Regelung des Ueberschichtenwesens, Bezahlung der Sonntagsarbeit und der Uebertagearbeit sollen in dieser Woche unter Teilnahme des Reichsarbeitsministeriums wieder aufgenommen werden. Eine Konferenz der im Zentralverband der Maschinisten und Heizer organisierten Uebertagearbeiter habe beschlossen, vom 1. September an jede Sonntagsarbeit einzustellen, wenn bis dahin der geforderte 100prozentige Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit nicht bewilligt worden ist.

Postanweisungsverkehr Deutschland—England. Nach einer Meldung aus London ist der Postanweisungsverkehr zwischen England und Deutschland wieder hergestellt.

Wiederkehr Deutscher aus Südafrika. Das südafrikanische Ministerium des Innern hat vom englischen Auswärtigen Amt Anweisung erhalten, Pässe für Deutsche, die über England nach Deutschland reisen wollen, zu visieren. Es bestehen daher keine Paßschwierigkeiten mehr bei der Heimreise Deutscher aus Südafrika über England.

Halle und Umgebung

Halle, 19. August.

Der Mitteldeutsche Treubund

Demokratische Entstellungen.

Das „Berliner Tageblatt" läßt sich allem Anschein nach aus Magdeburg, der Residenz des Herrn Hörsing, spaltenlange Berichte über „Kampfpläne in der Provinz Sachsen", „die Enthüllungen in Halle" usw. drahten. Man muß baß erstaunt sein, mit welcher Erbitterung die bürgerlich-demokratische Presse, ganz besonders auch die hiesige „Saale-Zeitung", den Kampf führt gegen die Orgesch, eine politisch völlig neutrale Einrichtung, der im Ernstfalle nicht zuletzt die Bürger zu aufrichtigem Danke verpflichtet gewesen wären. Wenn man sich wenigstens darauf beschränken wollte, nur sachlich einwandfrei, richtige Meldungen herauszugeben! So aber bringt z. B. das „Berliner Tageblatt" gestern über den Mitteldeutschen Treubund „Enthüllungen", die durchaus nicht den Tatsachen entsprechen und daher einer Richtigstellung bedürfen.

Der Mitteldeutsche Treubund wurde von ehemaligen Zeitfreiwilligen gegründet und bezweckte, in idealer Weise den Geist der Kameradschaft zu pflegen. Damit verband sich für die Mitglieder die Absicht, bei Unruhen sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Es besteht indessen keinerlei Anlaß, diese Vereinsbestrebungen als Kampfpläne u. ä. auszulegen, wie es jetzt die sozialistische und demokratische Presse tut. Diese Behauptung ist geradezu lächerlich angesichts der Tatsache, daß die Angehörigen des Mitteldeutschen Treubundes nur mit Genehmigung der Regierung hätten bewaffnet werden können. Alle derartigen Pläne wurden indessen von den Mitgliedern des Treubundes gar nicht erwogen, wie denn überhaupt nur einige unverbindliche Besprechungen stattgefunden haben. Als dann infolge des Zuchthauserlasses Eberts die Gefahr bestand, daß auch der Mitteldeutsche Treubund unter diesen Erlaß fallen und verboten werden könne, wurde beschlossen, durch Auflösung des Bundes die ganze Bewegung aus der Welt zu schaffen.

Völlig falsch ist es, den Mitteldeutschen Treubund mit der Organisation Escherich in Verbindung zu bringen. Wenn auch beide Institute verwandte Bestrebungen hatten, so bestanden doch zwischen ihnen keine äußeren oder inneren Beziehungen. Zu der Behauptung des „Berliner Tageblatts", daß am 30. April in Halle eine Sitzung der Orgesch stattgefunden habe, sei bemerkt, daß die Orgesch erst um den 1. Juni herum in Halle gebildet worden ist. Von diesem Zeitpunkt an steht denn auch Forstrat Escherich mit den leitenden Stellen im Reiche und mit führenden Persönlichkeiten Norddeutschlands zwecks Ausbreitung seiner Organisation in Verbindung.

Dieser Versuch des „B. T.", den Mitteldeutschen Treubund in Beziehung zu bringen mit der Organisation Escherich, ist bezeichnend für die Einseitigkeit und Voreingenommenheit, mit der man diese Angelegenheit behandelt. Man verwendet die lächerlichsten, unglaublichsten Meldungen als Beweismaterial, nimmt Haussuchungen, Verhaftungen vor und dergleichen mehr. Und die demokratische Presse heißt dies alles gut! Warum? — Nun, einmal will man vielleicht vergessen machen, daß gerade Demokraten an der Magdeburger Spitzelaffäre beteiligt waren und dann befindet man sich ja so schön im Schlepptau der Sozialdemokraten, läßt sich von ihnen die Gefahr vor der „Reaktion" in den Kaffeesiesen Farben ausmalen und letzten Endes wieder hübsch beruhigen und einlullen. Bis es zu spät ist, bis der deutsche Bürger, der ja auch in den Reihen der Demokratenstreit, erkennen muß, daß er sich hat täuschen lassen, daß er sich sein Grab selbst gegraben hat.

Wie lange noch . . .?

Verhaftung von Orgesch-Mitgliedern

Gestern vormittag wurden hier auf Anordnung des Oberpräsidenten Hörsing durch Hauptmann Schulz von der Sicherheitspolizei Magdeburg mehrere Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, der Organisation Escherich anzugehören. Die Verhafteten mußten indessen sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da ihnen nicht das Mindeste nachgewiesen werden konnte. — Also wieder ein böser Reinfall für Herrn Hörsing!

Wie es den Finanzbeamten erging

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Wie wohl schon zur Genüge bekannt ist, erließ das Reichsfinanzministerium im Oktober 1919 in den Tageszeitungen eine Aufforderung zur Meldung als Beamter für den Reichsfinanzdienst, da die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichten, um die neuen Steuergesetze zur Ausführung zu bringen. Die auf diese Meldungen hin Einberufenen wurden in einem sechsmonatigen Kursus an verschiedenen Universitäten für ihren neuen Beruf als Steuerbeamter ausgebildet und ihnen die Zusicherung gegeben, daß sie nach sechsmonatiger praktischer Tätigkeit bei den Finanzämtern im Falle ihrer Bewährung am 1. Oktober 1920 mit vollen Dienstbezügen als Beamte angestellt werden sollten. Jetzt erhält nun ein großer Teil dieser Kursusteilnehmer von ihrer vorgesetzten Behörde folgendes Schreiben:

„Im Auftrage des Herrn Reichsministers der Finanzen eröffne ich Ihnen, daß Sie wie ein zum dreijährigen unentgeltlichen Supernumerariat einberufener Zivilanwärter der Verwaltung der Besitz- und Verkehrssteuern zu behandeln sind. Die Teilnahme an Sonderlehrgang für Finanzbeamte wird Ihnen mit 6 Monaten auf das dreijährige Supernumerariat angerechnet. Ihre erste planmäßige Anstellung wird in Besoldungsgruppe VI erfolgen.

Bis auf weiteres erhalten Sie Unterhaltungsbeihilfen in Höhe der den unbesoldeten Supernumeraren gewährten Beträge von monatlich 375 Mark."

Spottet dieses Verfahren des Reichsfinanzministeriums den davon betroffenen Kursusteilnehmern gegenüber, die fast alle 25 Jahre alt und zum Teil verheiratet sind (die über 25 Jahre alten bekommen einiges mehr), nicht jeder Beschreibung? Nützt es diese Leute, die meist dem alten Heere als Offiziere, Beamte des Zeugfachs usw. angehörten, sich 5 Jahre an der Front herumschlugen und infolge der Heeresverminderung gezwungen sind, sich eine neue Existenz zu gründen, nicht in einer geradezu hohnsprechenden Art und Weise aus und wirft ihnen Almosen hin?! (375 Mk. — 57 Mk. Steuern = 338 Mk.) Kann man verlangen, daß diese Kursusteilnehmer weiter in einer Welt, die völlig im Materialismus aufgegangen ist, die einzigen Idealisten bleiben?

Bei dieser Behandlung wendet natürlich ein großer Teil der Betroffenen dem Reichsfinanzdienst den Rücken. Und da wundert sich der Herr Reichsfinanzminister, daß es ihm zur Durchführung der Steuergesetze an den notwendigen Beamten fehlt, was ja auch der Staatssekretär Dr. Moesle vor einigen Wochen erklärte!

Aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben:

Einen vollen Erfolg für die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Halle erbrachten am 17. August zwei von dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner vormittags 9 Uhr und abends 8 Uhr nach den „Weißbierhallen", Bernburger Straße, einberufene öffentliche Versammlungen, welche sich, namentlich die Abendversammlung, eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatten.

Bezirksleiter Wittekind-Bamberg behandelte in einstündigem Vortrage das Thema „Die deutsche Arbeiterbewegung am Scheidewege". Er nahm dabei Gelegenheit, in klaren, knappen Strichen die Trennungslinien zwischen einem unfruchtbaren Radikalismus in der Arbeiterbewegung sowie dem verworfenen kapitalistischen Wuchergeiste eines Teiles der Bevölkerung zu ziehen. Mit aller Schärfe bewahrte sich der Redner im Namen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gegen den auch in Halle nicht unbekannten, jede wahrhaft freiheitliche Aufwärtsentwicklung hemmenden Terror und geistigen Gesinnungszwang.

Ein lebhafte Aussprache gab dann noch hinreichend Gelegenheit, den fälschlich gepriesenen Internationalismus in seiner ganzen Blöße zu zeigen, konnte doch der Referent selbst aus seiner Heimat Eupen-Malmedy berichten. Ebenso konnte auch Bezirksleiter Collet vom christlichen Bergarbeiterverband, ein wegen seines Deutschtums und seiner aufrechten Vertretung der Arbeiterinteressen bekriebener Elsaß-Lothringer, Beweise der internationalen Reden und Taten der französischen Sozialisten zum Schaden des deutschen Arbeiters bringen. Die Aussprache ließ weiterhin die Unterschiede zwischen dem mammonistisch-materialistischen Sozialismus, wie ihn zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft die herrschende Sozialdemokratie aller Richtungen vertritt, und dem sittlich-christlichen Solidarismus, wie ihn die christlich-nationale Arbeiterbewegung vertritt, eindringlich hervorhehen.

Eine in beiden Versammlungen von den Sozialdemokraten eingebrachte und vorgelesene Entschließung gelangte nicht zur Abstimmung, da sie in beiden Fällen von den Einbringern im Stich gelassen wurde. Damit ist der Sieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in diesen Versammlungen errungen worden. Die praktische Auswirkung dieser beiden Versammlungen wird sich in der Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung auch am hiesigen Orte zeigen.

— **Die Ortsgruppe Halle des Philologenverbandes der Provinz Sachsen** hielt am Montag abend eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Direktor Dr. Hampel erteilte nach einigen Mitteilungen dem Vertreter des Verbandes der Studienassessoren das Wort zur Begründung eines Dringlichkeitsantrages betr. Schritte, die wegen Abdrucks einer Zuschrift bei einer hiesigen Zeitung unternommen werden sollen. Es wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Darauf wurden der Geschäfts- und Kassenbericht über das abgelaufene (erste) Berichtsjahr erstattet. Die Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 154 und 178, neben 10 Vorstandssitzungen tagten 8 Vollversammlungen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen naturgemäß Organisations- und Wirtschaftsfragen. Die Einnahmen betrugen etwa 6700 Mark, die Ausgaben 5000 Mark, zu denen aber noch Ausgaben kommen, die auf dieses Geschäftsjahr gehen, z. B. der Druck der Satzungen. Darauf trat die Versammlung in die erste Lesung der Satzungen ein, da sich mit Rücksicht auf den Prov.-Verband eine Anzahl Aenderungen notwendig machten. Im Anschluß wurde der Beitrag für das neue Geschäftsjahr festgesetzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Studienrat Florstedt zum 1. Vorsitzenden gewählt, der bisherige Vorsitzende lehnte mit Rücksicht auf Amt und Gesundheit Wiederwahl ab. Der Dank der Mitglieder für seine Tätigkeit ist ihm gewiß. Schließlich wurden noch die Vertreter der Philologen für den Bund höherer Beamten gewählt.

— **Tuberkulose-Fürsorge-Lehrgang.** Zur Eröffnung des Lehrgangs findet ein Begrüßungsabend am 22. August, abends 7 Uhr im Saale der Betsche-Lehmann-Stiftung, Burgstraße 46, statt. Außer den besonders versandten Einladungen wird besonders die Hallesche Aerzteschaft gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Ueber Wesen und Wirken der Lungenfürsorge wird der Arzt des hiesigen Ortsvereins sprechen, für den unterhaltenden Teil haben ihre Mitwirkung Frau Dr. Röthe, Frau Kreisarzt Dr. Hillenberg und Herr Schriftsteller Oskar Werner gütigst zugesagt. Alle Vorträge des am Montag beginnenden Lehrgangs finden im Auditorium IX der Universität statt.

Familien-Nachrichten

Geburten: Alfred Boost (Sohn). — Karl Bormann (Tochter).

Todesfälle: Am 16. August Klempner Ludwig Koch im 57. Lebensjahre. — Am 17. August Anna Schmidt geb. Brandt im 70. Lebensjahre. — Am 17. Aug. Pauline Berlich geb. Krause.

Provinz Sachsen

L. Güsten, 18. August. (In der letzten Gemeinderatssitzung) kam es wegen der Haltung der beiden sozialistischen Parteien in der Frage der Besetzung der neu zu bildenden Preisprüfungsstelle zu einem Konflikt mit den bürgerlichen Stadtverordneten, die dann unter Protest die Sitzung verließen und so die Beschlußunfähigkeit des Kollegiums herbeiführten. Für heute war eine neue Gemeinderatssitzung anberaumt. Hier erklärte der Vorsitzende der Mehrheitssozialisten, seine Fraktion habe sich in der letzten Sitzung zu ihrer Haltung lediglich bestimmen lassen durch die Erklärung des unabhängigen Führers, des Landtagsabgeordneten Möhring, der Staatsrat für Anhalt habe dargelegt, daß er die Besetzung der Preisprüfungsstellen nur mit Arbeitervertretern wünsche. Nachdem sich diese Erklärung als unzutreffend herausgestellt habe, werde man heute eine andere Haltung einnehmen und für die Zulassung auch von bürgerlichen Mitgliedern stimmen. Es wurden dann gewählt: 8 Mehrheitssozialisten, 2 Unabhängige, 1 Kommunist und 1 Demokrat. — Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist hervorzuheben, daß die Genehmigung erteilt wurde zur Aufnahme des Fehlbetrages im städtischen Haushaltsplan für 1920/21, und daß weiter beschlossen wurde, zu den Sätzen der staatlichen Grundvermögensteuer einen städtischen Zuschlag von 300 Prozent zu erheben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008191-19/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Die Reichsbank in der ersten Augustwoche

Der Ausweis der Reichsbank für die erste Augustwoche zeigt zwar eine nicht unbeträchtliche, die in der letzten Juliwoche eingetretene außerordentliche starke Anspannung, aber bei weitem nicht ausgleichende Entlastung der Anlagen. Die gesamte Kapitalanlage ging infolge weiteren befriedigenden Absatzes von Reichsschatzanweisungen im freien Verkehr um 3847,3 Mill. Mark auf 42 563,2 Millionen Mark zurück. Die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 3851,0 Mill. Mark auf 42 242,4 Mill. Mark. Auf der anderen Seite wurden den fremden Geldern noch größere Summen entzogen; sie verminderten sich nämlich um 4306,0 Mill. Mark auf 12 975,8 Millionen Mark. Die Nachfrage nach papiernen Zahlungsmitteln war in der Berichtswoche nicht allzu stark. An Banknoten mußten 291,9 Millionen Mark neu in den Verkehr gegeben werden, so daß sich der gesamte Notenumlauf auf 69 560,5 Mill. Mark erhöhte, dagegen nahm der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 37,9 Mill. Mark auf 13 290,0 Mill. Mark ab, so daß diesmal an Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen 254,0 Mill. Mark neu herausgabt wurden. In der entsprechenden Woche der Jahre 1917 und 1918 beliefen sich diese Beträge auf 105,9 und 109,7 Mill. Mark, während das Jahr 1919 in demselben Zeitraum einen Rückfluß von 520,4 Mill. Mark zu verzeichnen hatte, welcher mit der damals im Gange befindlichen Einziehung der Buchdrucknoten zu 50 Mk. vom 20. Oktober 1918 und mit den Nachrichten über einen bevorstehenden Umtausch des Papiergeldes zusammenhing. Die Bestände der Bank an Gold, Scheidemünzen und Reichskassenscheinen sind fast unverändert geblieben. Der Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen ermäßigte sich um 263,9 Mill. Mark auf 31 015,4 Mill. Mark. Ein dieser Abnahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen wurde der Darlehnskasse von der Reichsbank zurückgegeben, die ihrerseits, wie erwähnt, einen Rückstrom an solchen Geldzeichen in Höhe von 37,9 Mill. Mark zu verzeichnen hatte. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen verminderten sich um 226,2 Mill. Mark auf 17 605 Mill. Mark.

Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.

Die Hauptversammlung genehmigte die Verteilung von 11% Dividende. Der Antrag auf Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Bochum bezeichnete der Vorsitzende, Dr. Salomonsohn, als das bedeutsamste Ereignis in der Entwicklung des Unternehmens. Nachdem die durch den Kriegsausgang sehr betroffene Gesellschaft sich ihrer sämtlichen Hüttenwerke entledigen mußte, habe sich die Verwaltung entschlossen, das Unternehmen durch Ausbau und Angliederung an ein Eigenwerk wieder zu einem gemischten Werke zu machen. Eine Rückkehr zur reinen Kohlengesellschaft wäre durch die Verbindung mit dem Schalker Werke ausgeschlossen. Auch die wirtschaftlichen Gründen habe die Verwaltung diesen Weg für den richtigen gehalten, da die wechselnde Konjunktur in Betracht gezogen werden mußte. Die Verwaltung habe es mit Freuden begrüßt, daß die Deutsch-Luxemburger Gesellschaft, deren Erzbasis gesichert sei, den Vorschlag gemacht habe, gemeinsame Wege zu wandeln.

Geheimrat Kirdorf führte in Ergänzung dieser Mitteilungen aus, daß er die Angliederung eines Stahlwerks für die gedeihliche Entwicklung des Unternehmens als eine Notwendigkeit angesehen habe. Ausschlaggebend für ihn sei auch die Ausfuhrfrage für fertige Erzeugnisse gewesen, da wenig Werke bis jetzt in der Verfeinerungsindustrie eingetreten seien, wie Deutsch-Luxemburg. Nicht allein werden die beiden interessierten Gesellschaften von dem Zusammengehen Nutzen haben, sondern das stark erschütterte deutsche Wirtschaftsleben werde dadurch wieder aufgebaut werden können. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß der auf 80 Jahre abgeschlossene Interessengemeinschaftsvertrag dem Charakter einer Fusion möglichst nahe komme. Es sei Vorsorge getroffen, die Selbständigkeit beider Gesellschaften möglichst zu schonen. Jede werde für sich allein arbeiten und mit je 50 Prozent an den Gewinnen des anderen Unternehmens beteiligt sein. Die Interessengemeinschaft komme in der zu begründenden Rhein-Elbe-Union, G. m. b. H., zum Ausdruck, der die Aufgabe zufalle, die Gemeinschaft zu überwachen und sicher zu stellen. Der Vorstand der Rhein-Elbe-Union werde paritätisch aus den Verwaltungen der beiden Gesellschaften zusammengesetzt. Jeder der beiden Gesellschaften wird ein Genußschein der anderen ausgestellt, wodurch die Ansprüche auf Gegenseitigkeit des Besitzes festgestellt sind. Das Aktienkapital wird bei beiden Gesellschaften je 130 Millionen Mark betragen. Die Gelsenkirchener Gesellschaft wird die aus der Herabsetzung ihres Kapitals resultierenden Aktien in ihrem Portefeuille behalten. Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die ausscheidenden Mitglieder wiedergewählt; neugewählt wurden die Herren Geh. Oberfinanzrat v. Rüdiger und Oberbürgermeister Mars. In den Vorstand treten an die Herren Albert Vögler, Karl Knupe und Adolf Klinkenberg.

Ueber die Geschäftslage teilte Geheimrat Kirdorf mit, daß die ersten Monate des laufenden Jahres noch einen unregelmäßigen Betrieb aufzuweisen hatten, daß sich aber im Laufe des Jahres die Verhältnisse günstiger gestaltet hatten. Die Förderung hatte sich infolge der den Bergarbeitern zugebilligten Lohnerhöhungen gehoben und betrug im Juni bereits 26 500 To. gegenüber einer Friedensförderung von 33 000 To. Ende Juli habe eine Bewegung gegen Ueberschichten eingesetzt, wodurch die Förderung im Juli wieder auf 24 300 To. zurückgegangen sei und im August bis jetzt etwa 23 000 To. betrage. Mit Rücksicht auf die Abmachungen in Spa seien diese Verhältnisse sehr zu beklagen. Leider sei auch im Betriebe des Schalker Werkes infolge der unglücklichen Steuerbestimmungen eine Störung eingetreten, die voraussichtlich einen wesentlichen Ausfall in den Ergebnissen des Hüttenbetriebes zur Folge haben werde.

Aktiengesellschaften

Die Kartonnageindustrie in Leschwitz schlägt der Generalversammlung zur Genehmigung eine Dividende vor von 20 Proz. und 10 Proz. Bonus. In den letzten Jahren betrug die Dividende 22, 30, 28, 23 Prozent.

Hannoversche Schrauben- und Mutternfabrik, A.-G., Wunstorf. Der Aufsichtsrat beschloß, einer außerordentlichen Generalversammlung die Verdoppelung des Aktienkapitals auf 2 Mill. Mark vorzuschlagen.

Schladitzwerke A.-G. in Dresden. Das Bankhaus Gebrüder Arnhold hat beantragt, nominal 969 000 M Aktien der Gesellschaft zum Handel und zur Notiz an der Dresdener Börse zuzulassen.

Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier in Berlin. Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1919 eine Dividende von wieder 4½ v. H. auf die Vorzugsaktien und 5 v. H. auf die Stammaktien.

Held u. Francke, Akt.-Ges. Die Gesellschaft teilt zu den bei ihr vorgekommenen Unregelmäßigkeiten mit, daß Lohnsätze von Beamten an einer Baustelle höher als den Tatsachen entsprechend ausgewiesen worden sind. Es handelt sich nicht um Verschiebung von Baumaterialien. Drei Angestellte des betreffenden Baustelle (nicht 32) sind verhaftet. Die bis jetzt genannten Fehlbeträge sind wesentlich übertrieben; es läßt sich nach der sofort vorgenommenen Untersuchung vielmehr schon jetzt sagen, daß der etwa entstehende Schaden nicht erheblich sein wird.

Maschinenfabrik Schieß A.-G. in Düsseldorf. Gegenüber anderslautenden Meldungen wird mitgeteilt, daß die Gesellschaft für 1919/20 die Dividendenzahlung wieder aufnehmen wird.

Braunschweiger Straßenbahn. Nach Abschluß des gemeinschaftlichen Betriebsabkommens zwischen der Stadt und der Straßenbahn hat die Stadt 3 108 500 M Aktien in ihren Besitz gebracht. Wenn in diesem Jahre die vertragsmäßig ausbedungene Dividende von 6 Prozent zur Verteilung kommt, wird die Stadt Braunschweig aus dieser Betriebsverbindung einen Gewinn von 186 510 M erzielen.

Handel, Industrie, Handwerk

Die Ruhrkohlenförderung betrug im Juli d. J. 7 564 000 gegen 7 454 018 Tonnen im Vormonat, oder arbeitstäglich 304 246 (280 154) Tonnen. Der Juli hatte 27, der Juni 24½ Arbeitstage. Die Haldenbestände auf den Zechen waren anfang August auf 114 000 Tonnen zurückgegangen.

Drohende Betriebsstillegungen wegen Kohlenmangel. Der Reichskohlenkommissar hat dem Arbeitgeberverband der Remscheider und benachbarten Kleineisenindustrie wegen verbesserter Kohlenversorgung des Bezirks mitgeteilt, daß infolge des Abkommens von Spa die Lage der westdeutschen Industrie sich voraussichtlich sehr schwierig gestalten und ein erheblicher Teil Werke zum Stillstegen kommen werde. Immerhin solle versucht werden, den Remscheider Bezirk besser zu belfern.

Schließung der Schuhfabriken im Elsaß. Nach einer Meldung der Telegraphen-Union beschloß die Association des Fabricants de Chaussures de l'Alsace et de la Lorraine einstimmig die Schließung aller Leder-Schuhwaren-Fabriken. Sie begründet dies damit, daß der Verkauf in den Detailgeschäften seit mehr als einem Monat fast vollständig aufgehört habe und für die Fabrikanten keine Aufträge vorlägen. Da das Publikum einen weiteren Preisrückgang baldigst erwarte, kaufe es nur das Allernotwendigste. Der Preisrückgang für Leder sei jedoch so gering, die allgemeinen Unkosten dagegen, Transportspesen, Kohle, elektrische Kraft und Löhne steigen immer mehr, so daß an einen Verkauf zu niedrigen Preisen nicht gedacht werden könne. Aus diesem Grunde müßten die Fabriken schließen, bis die Bestände der Verkaufsgeschäfte allmählich geräumt wären und die Fabriken wieder neue Aufträge bekämen. Zum Teil betrachtet man die ganze Lage als eine der Folgen der Zeitungspropaganda der französischen Presse, welche auf Weisung ihrer Regierung hin immer wieder von einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in Frankreich und damit auch in Elsaß-Lothringen erzählte.

Kali-Handbuch für das Jahr 1920, herausgegeben von der Mitteldeutschen Privat-Bank A.-G. Magdeburg. Preis 80 M. Das handliche Buch enthält wieder in der bekannten Weise zusammengestellt alle wissenswerten Angaben über unsere deutsche Kaliindustrie. In einem besonderen Abschnitt sind die uns durch den sog. Friedensvertrag geraubten elsäßischen Werke aufgeführt. Viele statistische Angaben und Tabellen geben ein Bild von der Entwicklung und dem derzeitigen Stande der Kaliindustrie. Eine Ueberschiskarte veranschaulicht in guter Weise die geographische Lage der Werke in Deutschland. Man kann das Buch den „Saling der Kaliindustrie" nennen.

Berliner Börsenberichte

Hafernotierungen:

Berlin, 18. August. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Waggon 2700—2740 loko ab Bahn ——2700 sofortige Abladung ab Abladestationen 2580 bis 2640 Mark. Tendenz: fester.

Devisen-Notierungen: Berlin, 18. August

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	1598,40	1601 60	New-York	48,45	48,53
Brüss.-Antwerp.	375,60	376,40	Paris	352,65	353,35
Christiania	724,25	715,70	Schweiz	806,70	808,30
Kopenhagen	726,75	728,25	Spanien	729,25	730,75
Stockholm	994,00	996,00	Wien (alles)	21,47	21,53
Helsingfors	147,85	148,15	Oesterr. abgest.	22,22	22,28
Italien	237,25	237,75	Prag	81,40	81,60
London	177,55	177,95	Budapest	19,98	20,02

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	880,0
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	72,50	Deutsche Erdöl	192,5
5% Deutsche Reichsanl.	79,50	Deutsche Gasglühl.	400,0
4 " "	68,50	Deutsche Kali	425,—
3½ " "	58,75	Deutsche Waff. u. Mun.	413,—
3 " "	66,75	Donnersmarkhütte	435,—
4 Preuss. Konsols	65,40	Dürrne u. Lehmann	159,50
3½ " "	58,60	Dürkoppwerke	451,—
4 Chinesen	51,60	Elberfelder Farben	409,—
4 Chrl. Stadtanl. 89/99	91,50	Engelhard Brauerei	254,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	417,50
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	100,50	Gasmotoren Deutz	195,50
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	88,60	Gebhardt u. Co.	—,—
3 " "	76,00	Gebhardt u. König	260,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	95,80	Gelsenkirch. Bergb.	313,50
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	97,75	Glanziger Zuckerfbr.	470,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	58,75	Hallesche Masch.-Fabr.	515,—
4 " "	95,50	Hann. Masch.	376,—
Ausländ. Werte		Harpener Berg	336,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	23,00	Hasper Eisen	584,50
4 Ungar. Gold-Rente	52,60	Hirsch Kupfer	290,—
4 Ungar. Kronen-Rente	25,50	Höchster Farbw.	351,—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	418,—
Halberstadt-Blankenb.	71,25	Hohenlohe-Werke	223,75
Halle-Hettstedter	—,—	Humboldt-Masch.	175,00
Schantungbahn	682,—	Ilse-Bergbau	412,—
Allg. Lokal-Str	95,25	Kahla-Porzellan	479,75
Gr. Berl. Str.	128,75	Kalkw. Aschersleben	468,—
Magdeburger Str.-B.	148,—	Körbisd. Zucker-Akt.	410,50
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—	Kyffhäuserhütte	204,00
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	187,50
Hambg. Paketfahrt	178,50	Lauchhammer	290,—
Hambg.-Südamerika	237,—	Laurahütte	329,—
Hansa-Dampfschiff	273,25	Lingel. Erfurt	233,—
Nordd. Lloyd	169,50	Linke u. Hofmann	400,—
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	—,—
Bank für Thür.	159,50	Lothringer Hütte	320,—
Berl. Handelsges.	275,00	Mannesmannröhren	415,—
Comm u. Diskontobank	160,50	Maschinenfabr. Buckau	240,00
Darmstädter Bank	142,75	Oberschl. Eisenb.-Bed. do. Caro Werke	244,00
Dess. Landesbank	—,—	do. Kokswerke	265,50
Deutsche Bank	265,75	Orenstein u. Koppel	414,—
Diskonto-Comm.	159,25	Phönix-Bergb.	276,—
Dresdner Bank	162,50	Rhein. Metall-Verz.	444,25
Credit-Anst. Leipzig	152,75	Rhein. Stahlwerke	355,50
Mitteld. Kredit ank	141,75	Riebeck. Montan	371,00
Priv.-Bank	162,00	Rombacher Hütten	377,50
Nationalbank	149,—	Rositzer Braunk.	287,25
Oesterr. Kredit	78,50	Rositzer Zucker	400,50
Reichsbank	147,75	Sangerhäuser Masch.	243,—
Industrie-Aktien:		Hugo Schuster u. Co.	425,—
Schultheiss-Brauerei	241,—	Schuckert u. Co.	248,75
Akt. f. Anilin	353,00	Siemens u. Halske	265,50
Allgem. Elektr.-Ges.	248,—	Stettiner Chamotte	250,—
Ammendorfer Papierf.	645,—	Stettiner Vulkan	352,25
Anhalter Kohlenw.	295,—	Stollberger Zinkh.	314,75
Annaburger Steingut	378,—	Strals. Spielkarten	355,00
Badische Anilin	458,50	„Terra", Samen-A.-G.	265,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	242,½	Thale-Eisenhütte	162,—
Berl. Masch.-Bau	270,00	Triptis-Akt.-Ges.	229,—
Bismarckhütte	265,—	Türkisches Tabakregie	782,—
Bochumer Gußstahl	458,—	Ver. Kölln-Rottweiler	230,00
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Glanzstoff Elberf.	1140,
Chem. Griesheim	300,00	Wegelin u. Hübner	169,—
Chem. v. Heyden	345,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	265,—
Consolidation Schalke	636,—	Westeregeln-Alkali	710,—
Crölwitzer Papierfabr	275,—	Wittener Gußstahl	825,—
Daimler-Motoren	211,—	Wrede-Mälzerei	164,00
Deutsch-Luxemburg	342,—	Zeitzer Masch.	519,75
		Zellstoff Waldhof	341,50
		Otavi-Minen	83,—

Tendenz: schwank.

Börsenstimmungsbild. Die Vorgänge in Oberschlesien die anhaltende sich auch im Verlauf der Börse reflektierte Steigerung der ausländischen Devisenpreise ließ zu Beginn Börsenverkehrs auf fast allen Marktgebieten Verkaufsaufträge stärker hervortreten, die zu einem nicht unwesentlichen Rückgeben der Kurse führte. Hiervon wurden namentlich Montanwerte bei Einbußen bis 8 Prozent und vereinzelt auch 10 betroffen mit Ausnahme von einigen wenigen Papieren der um 12 Prozent höheren Thale-Aktien. Auch in den Elektro-, Schiffahrts- und Kali-Aktien führten Realisationen zu einem Nachgeben der Kurse, doch betrugen die Einbußen nur bei A. E.-G. 7 Prozent. Feste Haltung zeigten von Reichsanleihen Hirsch-Kupfer, Köln-Rottweiler und wegen der Steigerung der Devisenpreise Valutapapiere, so namentlich Anatolier, Baltimore und Deutsche Uebersee-Aktien. Noch in der letzten Stunde war die rückläufige Kursbewegung ziemlich stark geworden und es erfolgten zum Teil, ausgehend von der Besserung in Deutsch-Luxemburg, Rückkäufe, die, wenn sie auch nicht die anfänglichen Einbußen überall auszugleichen vermochten, doch zu einer Befestigung der Tendenz führten. Petroleum unterlagen bei stillerem Geschäft nur geringfügigen Schwankungen. Wesentlich gesteigert wurden aber Ostafrikanerin, Kolonialwerte blieben zunächst vernachlässigt. Im Rentenmarkt wurden Mexikaner wegen der Begebung der rückständigen Zinsscheine erneut stark in die Höhe gesetzt.

Produktenbericht. Bei gleichen Umsätzen waren die Preise für Hafermarkt erzielten Preise etwas höher als gestern. Mais wurde loko-Ware mit 144 Mark ab Bremen gehandelt, um zu höheren Preisen ab Hamburg angeboten zu werden. Oelsaaten waren aus Ostpreußen wesentlich billiger angeboten worden. Ostpreußen ist mit seinen Forderungen von 280 auf 250 Mark heruntergegangen. Schlesische Oelsaaten waren 260 bis 263 Mark gehandelt. Von Hülsenfrüchten bestehen Nachfrage für Speiseerbsen und Futterartikel werden wieder fragt. Wetter: sehr warm.

„H.Z." Sportberichte

Rennen zu Karlshorst

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. **Carzower Hürden-Rennen.** 1. Takifest (Kutschke), 2. Olympia, 3. Menja. Tot.: 4·, 16, 20, 32. Ferner liefen: Fischreim, Sigurt, Monitor, Rosendorn. 2. **Preis von der Heide.** 1. Geheimtip (v. Pelzer), 2. Samum, 3. Prärie II. Tot.: 28, 14, 22, 18. Ferner liefen: Schnucki II, Sankt Martin, Majolda, Ji gemacht. — 3. **Preis vom Rottäppchen.** 1. Fröhlich (Gewidt), 2. Saarkrähe, 3. Erzschacha. Tot.: 16, 11, 12. Ferner lief Mondsichel. — 4. **Huberusstad-Ausgleich.** 1. Sieg (Zimmermann), 2. Hunding, 3. El Diablo. Tot.: 109, 21, 14, 16. Ferner liefen: Stella II, Sonntagsmädel, Phantast, Furchtlos. 5. **Preis vom Schwanensee.** 1. Einhart (W. Müller), 2. Schritz, 3. Fritzi. Tot.: 32, 21, 23. Ferner liefen: Maison Blanche, Ribisel, Tippel. — 6. **Preis von Radebrück.** 1. Ladrome (v. Pelzer), 2. Donnerkeil, 3. Denkmünze. Tot.: 19, 11, 17. Ferner liefen: Morgenstern, Sonnenburg, Irene II, Figaro. — **Preis von Rehfelde.** 1. Crocus (Muprecht), 2. Schlosser, 3. Dolde. Tot.: 30, 15, 33, 22. Ferner liefen: Tang, Fischkatane, Offensive, Leonore, Waereghem, Skala.

Rennen zu Köln am Rhein

1. **Lycaon-Rennen.** 1. Tradition (Wodke), 2. Harmonie, 3. Lucretia. Tot.: 21, 12, 12, 13. Ferner liefen: Geisger, Kassine, Geduld, Maubert. 2. **Talion-Rennen.** 1. Zoisel (Zimmermann), 2. Nugat, 3. Donner. Tot.: 16, 13, 14. Ferner liefen: Eierbecher, Kanonade. — 3. **Ariel-Ausgleich.** 1. Fritana (Zimmermann), 2. Toison, 3. Rondo. Tot.: 12, 17, 12. Ferner liefen: Armin, Moena, Berthalba. — 4. **Preis von Bonn.** 1. Skarabae (Zimmermann), 2. Wallenstein. — 5. **Siebengebirgs-Jagdrennen.** 1. Wasserratte (Hammer), 2. Offenbach, 3. Ladislaus. Tot.: 33, 12, 11. Ferner lief Roslinde. — 6. **Damen-Jagdrennen.** 1. Mazzin (Zimmermann), 2. Wasserratte, 3. Emilius. Tot.: 18, 22, 12. Ferner liefen: Südtirolerin, Hängang — 7. **Nordpol-Jagdrennen.** 1. Radames (K. Schulz), 2. Freie II, 3. Wendula. Tot.: 30, 13, 15, 18. Ferner liefen: Scepika, Lucretia, Steglinde, Annemarie.

— **Rheinische Sportwoche.** (Drahtnachricht.) Im Reiten und Kunstfahren der ersten großen Rheinischen Sportwoche, bei der Reichsfischzuchminister Raumer und die Staatssekretäre Weil und Lewald beiwohnten, ist im Kampf um den goldenen Bundespokal für Achterreigen dieser Ehrenpreis an den Radfahrverein „Pfeil"-Erfurt gefallen.

— **Deutschland und die Olympischen Spiele.** Dem von dem „Deutschen Sportzeitung" zu den Olympischen Spielen nach Antwerpen entsandten Sonderberichterstatter gelang es, die beiden Kräfte der finnischen und spanischen Olympiamannschaft für ein großes internationales Sportfest zu verpflichten, das voraussichtlich am 26. August im Deutschen Stadion stattfinden wird. Mit den norwegischen Vertretern sind ebenfalls Verhandlungen geknüpft, die dicht vor dem Abschluß stehen. Im Bericht über die Eröffnung der Spiele, die in diesem Jahre bekanntlich mit dem Ausschluß der Mittelmächte stattfinden, heißt es in der „D. Z." u. a.: Es muß offen ausgesprochen werden, daß die diesjährigen Spiele mit der Stockholmer Veranstaltung 1912 keinen Vergleich aushalten können. Die damalige Begeisterung hat einer kühlen zuweilen frostigen Stimmung Platz gemacht.

Vom Büchertisch

— **Der Harzgau in sprachgeschichtlicher Bedeutung.** Ein Heimatbuch von Dr. Ernst Wasserzieher. Verlag von A. W. Zickfeldt in Osterwieck (Harz). Das 1,50 M kostende Heftchen sei allen Harzfreunden empfohlen. Auf eine allgemeine, über die Entstehung der Ortsnamen unterrichtende Einleitung folgt die Erklärung der Ortsnamen des Harzgaues.

— **Luther und die deutsche Gegenwart.** Von Studienprofessor D. Hermann Schuster in Hannover-Kleefeld. (Werke des Evangelischen Bundes. Berlin W. 35. 70 Pfg.) — Es ist ein Versuch, in unserer deutschen Not unser deutsches Wesen aus dem Geiste des deutschen Reformators, seiner nationalen Gesinnung, seinem deutschen tapferen Sinn, seiner Treue, Wahrhaftigkeit, echten Freiheit, Gewissenhaftigkeit, Frömmigkeit erneuern. Wer da weiß, wie es mit allebem jetzt hatert, wie innere Krankheit an dem Mark unseres Volkes zehrt, der wird gerne dem „Propheten der Deutschen" lauschen, der Luther sein sich selber bewußt war.

— **Evangelische Schulerziehung und evangelischer Religionsunterricht.** Von Studiendirektor D. Dr. Zange in Erfurt („Volksschriften zum Aufbau", Nr. 9. 1 Mark). Verlag des Evangelischen Bundes, Berlin W. 35.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Handelswirtschaft und Sport i. V.: Ernst Wesserschmidt; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kerber sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008191-19/fragment/page=0004